



Demokratie ist eine Gemeinschaftsveranstaltung – und daher zurzeit aus Gesundheitsgründen unmöglich. Die Freie Liste macht sich nun Gedanken darum, wie Unna aus dieser Lage herauskommen kann.

FOTO ARCHIV

Kontaktverbote werden zur Belastung für Demokratie

UNNA. Die Sorgen um die demokratische Selbstverwaltung der Stadt Unna werden größer. Auch die FLU äußert sich nun zu Wort. Sie sieht gleich mehrere Probleme, die Corona der Stadt und den Parteien bringt.

Von Sebastian Smulka

Demokratie funktioniert nicht aus dem Home Office, zumindest jetzt noch nicht. Das Kontaktverbot, das zwangsläufig auch ein Versammlungsverbot ist, lähmt den Politikbetrieb gleich auf mehrere Ebenen, wie nun auch FLU-Begründer Klaus Göldner in einer Denkschrift anmerkt.

Rat und Ausschüsse können nicht tagen, Parteien und Wählerbündnisse keine Kandidaten aufstellen und Kandidaten - wo sie einer neuen politischen Kraft angehören - nur unter erschwerten Bedingungen die erforderlichen Unterstützerunterschriften

sammeln.

Demokratie liegt derzeit faktisch auf Eis

„Sich in diesen schweren Zeiten in die Niederungen der kommunalen Alltagspolitik zu begeben, gilt allgemein als unangemessen“, schreibt Göldner in einer „Stellungnahme zur derzeitigen kommunalen Situation“. Dennoch dürfe jetzt die kommunale Politik nicht aus den Augen verloren werden. Zurzeit

regiere der Bürgermeister mit Allgemeinverfügungen und Dringlichkeitsentscheidungen. Die letzte Beteiligung des Rates in Form einer Zusammenkunft des Ältestenrates fand laut Göldner

Mitte März statt. „Das geht zurzeit wohl nicht anders, darf aber nicht zur Gewohnheit werden“, mahnt der Fraktionsvorsitzende der Freien Liste Unna.

Göldner weist aber auch noch auf ein anderes Problem hin: Am 13. September sollen in Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen abgehalten werden. „Neben den etablierten Parteien wollen sich verstärkt auch zahlreiche Wählergemeinschaften dem Wählervotum stellen.“

Diese haben gemäß des Kommunalwahlgesetzes vor ihrer Zulassung einige bürokratische Hürden zu nehmen. Überdies müssen interne demokratische Kandidatenwahlen abgehalten sowie Unterstützerunterschriften beigebracht werden.

Alle diese Vorgaben sind ohne Sozialkontakte und unter Einhaltung von Abstandsgebotsen unmöglich“, meint Göldner. Auf diesen Umstand hatte die Freie Liste bereits im März hingewiesen und

schriftlich beim Innenministerium interveniert. Bis heute sei nicht einmal eine Eingangsbestätigung zugegangen.

Aktuell gibt es beim Land noch keine Überlegungen, den Wahltermin zu verschieben. Dennoch bleibt die FLU bei ihrer Ansicht, dass dies nicht das letzte Wort gewesen sein kann. „Die Wahl muss verschoben werden, da ansonsten die Chancengleichheit der Wählergemeinschaften gegenüber den etablierten Parteien nicht gewährleistet ist“, sagt Göldner.

Unterdessen blieben alle wichtigen kommunalen Themen politisch unbearbeitet. Sonst in den Ratsgremien leidendhaft diskutiert Pläne und Entscheidungen seien momentan ebenso nachrangig wie der ohnehin schon angeschlagene städtische Haushalt. Auf letzteres hatte zuletzt schon „Wir für Unna“ hingewiesen und eine prinzipielle Bestätigung seitens der Stadt erhalten, ohne dass die

genauen Folgen schon zu bemessen wären.

„Alle diese Probleme werden nach Abflauen der Krise verstärkt über uns hereinbrechen. Das wissen vermutlich alle politischen Kräfte in dieser Stadt“, so Göldner. Zurzeit gelten nach seiner Einschätzung „allein beobachtende Zurückhaltung, die konsequente Umsetzung beschlossener Eindämmungsmaßnahmen, das Prinzip Hoffnung und ein gewisses Grundvertrauen gegenüber den zurzeit verantwortlichen Handelnden“, so Göldner.

In dieser Phase verbieten sich Anfragen nach den konkreten finanziellen Auswirkungen der noch anhaltenden Krise für die Stadt, wenn es dem Fragesteller tatsächlich auf eine seriöse Antwort ankomme. „Wichtig ist nur, dass später nicht folgender Standardsatz aus den Etagen des Rathauses kommen wird: Wir hatten vor der Krise alles im Griff, aber Corona hat alles kaputt gemacht.“